

# INFORMATIONEN ZU DEN AUSWIRKUNGEN DER KÜRZUNGEN DER MITTEL DES KINDER- UND JUGENDPLANS (KJP) DES BUNDES IM AKTUELLEN ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS



## 1. GRUNDSÄTZLICHES

Der Kinder- und Jugendplan (KJP) ist das zentrale Förderinstrument der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene. Durch die KJP-Förderung werden bundeszentrale Träger aus allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe in die Lage versetzt, verschiedenste Aufgaben zugunsten junger Menschen und Familien nach § 2 SGB VIII zu erfüllen. Allerdings fällt es den KJP-geförderten Trägern immer schwerer, diesen gesellschaftlich so relevanten Aufgaben nachzukommen, denn sie sind durch die seit Jahren nicht bedarfsgerecht gestaltete Ausstattung des KJP in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt. In 2023/2024 spitzt sich die Lage nochmals deutlich zu: Aufgrund der stark ansteigenden Personalkosten (v. a. durch den neu abgeschlossenen Tarifvertrag im öffentlichen Dienst) sowie gestiegener Sach- bzw. Programmkosten geraten viele Träger in eine desolate Haushaltssituation, die nur durch eine Erhöhung der Zuwendung aus dem KJP abzuwenden sein wird.

Der Koalitionsvertrag formuliert eine „bedarfsgerechte Ausstattung“ des KJP. Dafür wäre einer Bedarfsanalyse zufolge eine Aufstockung für den Kinder- und Jugendplan i. H. v. 70 Mio. Euro für das Jahr 2024 notwendig. Eine Beibehaltung des Status quo (KJP-Volumen in 2023: 239 Mio. Euro) wäre in Anbetracht der massiv steigenden Kosten bereits einer Kürzung durch die Hintertür gleichgekommen. Statt die zwischen den Koalitionspartnern vereinbarte bedarfsgerechte Ausstattung des KJP endlich umzusetzen, sieht der Regierungsentwurf für den Haushalt allerdings eine drastische Kürzung der KJP-Mittel vor. Dies ist aus unserer Sicht eine gravierende politische Fehlentscheidung.

Wir stehen damit faktisch vor der Wahl zwischen dem Abbau von Leistungen für Kinder und Jugendliche oder der untertariflichen Vergütung der Fachkräfte. Einige bundeszentrale Träger werden gar in ihrer Existenz bedroht sein. Da über die Zentralstellen auch KJP-Mittel weitergeleitet werden, werden sich die Kürzungen in der Fläche bemerkbar machen. Wird dieser Entwicklung nicht entgegengewirkt, führt sie ab 2024 zwangsläufig zur Aushöhlung der Jugendhilfe-Infrastruktur in Deutschland, etwa durch den Abbau von pädagogischem Fachpersonal oder Einschränkungen des Leistungsangebots und der Reichweite.

Die beabsichtigten Kürzungen beim KJP sind auch deshalb hochproblematisch, weil die gesellschaftlich und politisch formulierten Anforderungen und Aufgaben an das Feld, wie beispielsweise Ganztags- und Kitaausbau, Armutsbekämpfung, Inklusion, Gesundheits- und Bewegungsförderung, Digitalisierung, Demokratiebildung und ökologische Transformation, stetig wachsen und in Krisenzeiten ganz besonders stark im Fokus stehen. Zudem ist in den letzten Jahren durch die Soforthilfe-Programme (Aufholen nach Corona, Ukraine-Hilfe) mit großer Energie vieles in der Kinder- und Jugendhilfe angeschoben worden. Diese Arbeit kann noch nicht als beendet betrachtet werden, schließlich sind die Folgen der Krisen bei jungen Menschen nach wie vor zu beobachten. Sollten nun weniger Mittel zur Verfügung stehen, geht dies klar zulasten der Kinder und Jugendlichen. Mit den aktuellen Sparplänen riskieren Politik und Verwaltung, ihre für die Gestaltung von fachlichen und fachpolitischen Verständigungsprozessen so zentralen zivilgesellschaftlichen Ansprechpartner zu verlieren.

*Aus dem Aufruf des Bundesjugendrings*

<https://www.dbjr.de/artikel/gemeinsamer-aufruf-kjp-kuerzungen-abwenden-bundeszentrale-infrastruktur-bewahren>

## 2. BEREICHE DER EVANGELISCHEN JUGEND IN SACHSEN, DIE VON DEN KÜRZUNGEN KONKRET BETROFFEN SEIN WERDEN

### 2.1. FREIWILLIGENDIENSTE

- Die Finanzierung der Freiwilligendienste erfolgt aus Mitteln des Bundes, der Landes Sachsen und der jeweiligen Einsatzstelle.
- Die geplanten Kürzungen beim Bund werden zur Folge haben, dass für jeden Freiwilligenplatz pro Monat etwa 50 € mehr durch die Träger (z.B. Diakonie Sachsen, Netzwerk-m) oder die Einsatzstellen aufgebracht werden müssen. Die Träger können nur auf folgende Weise auf die Kürzungen reagieren:
  - a) Sie reduzieren Umfang und Qualität der begleitenden Seminare, die für die Jugendlichen eine hohe Bedeutung haben, weil die pädagogische Begleitung dazu beiträgt, dass die Freiwilligen sich persönlich weiterentwickeln und oft für die Wahl der weiteren Ausbildungsziele und -wege außerordentlich relevant sind.
  - b) Sie reduzieren die Anzahl der Freiwilligenplätze.
  - c) Sie reduzieren die Gehälter für die begleitenden pädagogischen Fachkräfte. Dies wird aufgrund des allgemeinen Fachkräftemangels dazu führen, dass wiederum die Qualität der pädagogischen Begleitung darunter leidet (siehe a).
  - d) Sie erhöhen den Beitrag der Einsatzstellen.

### 2.2. INTERNATIONALE JUGENDBEGEGNUNGEN

- Internationale Jugendbegegnungen, die bisher über die KJP-Mittel mitfinanziert wurden, müssen ausfallen. Die internationale Vernetzung kann dann nicht mehr mit persönlichen Begegnungserfahrungen in anderen Ländern unteretzt werden. Unter anderem diese Vernetzungen haben bisher dazu beigetragen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegenzuwirken.

### 2.3. KONFLIKTLOTSEN

- Konfliktlotsen sind Schülerinnen und Schüler, die eine besondere Ausbildung im Verfahren der konstruktiven Konfliktbehandlung erhalten haben. Sie haben gelernt, allparteilich zu bleiben, Vertraulichkeit zu wahren und die Streitenden zu Kompromissen zu leiten.
- Die Ausbildung von Konfliktlotsen wird durch die geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt künftig nicht mehr durch freie Träger der Jugendarbeit durchgeführt werden können.

### 2.4. GESELLSCHAFTSPOLITISCHE JUGENDBILDUNG

- Evangelische Jugendarbeit ist in gesellschaftspolitischer Jugendbildung hoch engagiert, weil Evangelische Jugend davon überzeugt ist, dass das christliche Menschenbild dazu verpflichtet, einen Beitrag dafür zu leisten, dass das Zusammenleben in unserer Gesellschaft von Akzeptanz, Respekt und Nächstenliebe geprägt ist.
- Die bundesweit vernetzte „Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung“ (et) lädt mit Projekten wie „Alles Glaubenssache?“ Jugendliche ein, über die Rolle von Religion in unserer Demokratie nachzudenken. Es stärkt diejenigen, die extreme Ansprachen erkennen und sich aktiv dagegen zur Wehr setzen wollen. In Kooperation mit Respekt Coaches, Schulen, konfessionellen und nicht-konfessionellen Partnerinnen und Partnern werden zeitgemäße, ressourcenorientierte Ansätze

entwickelt. „Alles Glaubenssache?“ richtet sich dabei an alle Jugendlichen, unabhängig von Religion und Herkunft.

- Auch ähnliche Projekte, die in Jugendverbänden verortet sind (z.B. gibt es eine aus Bundesmitteln finanzierte Stelle für gesellschaftspolitische Jugendbildung im Landesjugendpfarramt) werden nach den angekündigten Kürzungen nicht weitergeführt werden können.

---

## 2.5. BASISSTRUKTUR DER JUGENDVERBÄNDE

- Jugendverbände nach §11 SGB VIII benötigen für ihre Wirksamkeit eine bundesweite Infrastruktur, die länderübergreifende Partizipation, Vernetzung, Fachaustausch und Nutzung von Synergien ermöglicht.
- Durch die Kürzung von KJP-Mitteln wird diese Basisstruktur bedroht und die Wirksamkeit und die Nachhaltigkeit jugendverbandlichen Handelns eingeschränkt. Davon betroffen ist ausdrücklich auch die Evangelische Jugend mit ihrer aej-Geschäftsstelle in Hannover.

## 3. DIE DEMONSTRATION AM 20. SEPTEMBER IN BERLIN

Wir unterstützen den Aufruf des Deutschen Bundesjugendringes zur Demonstration am Mittwoch, den 20.09.2023 in Berlin und brauchen dabei auch Eure Unterstützung!

Im aktuellen Entwurf des Bundeshaushalts ist der Umfang der Mittel des Kinder- und Jugendplans im Vergleich zu den letzten Jahren stark reduziert worden. Am 20.09. berät der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über Änderungen. Diese sollen auch durch die geplante Demonstration auf den richtigen Weg gebracht werden.

Den Aufruf findet Ihr hier:

<https://www.dbjr.de/artikel/demo-gegen-kuerzungen-im-kinder-und-jugendplan-am-20923-in-berlin>

Die geplante Demonstration (Start 10:30 Uhr ab Berlin Hauptbahnhof) wird am Potsdamer Platz gegen 13:00 Uhr in eine weitere Demonstration münden, die sich ganz speziell gegen die geplanten Kürzungen der Bundesmittel für die Freiwilligendienste richtet.

Wir bitten euch:

- Informiert euch weiter.
- Gebt diese Information in euren Bezügen weiter.
- Sucht das Gespräch mit den Bundestagsabgeordneten der Ampel-Koalition aus euren Wahlkreisen, die diesen Haushalt mit verantworten werden.
- Fahrt, wenn ihr könnt, nach Berlin
- Wenn ihr euch nach Berlin aufmachen wollt, meldet euch bitte bei [steffen.goepfert@evlks.de](mailto:steffen.goepfert@evlks.de), der euch dann vernetzen und ggf. mit weiteren Informationen versorgen kann.

Es ist wichtig, dass wir uns mit der Bundesebene solidarisieren, auch wenn wir gerade auf kommunaler Ebene selbst von Kürzungen betroffen sind. Es braucht ein gegenseitig stärkendes Miteinander der verschiedenen Ebenen, wenn wir den Bedarfen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden wollen. Die Erfüllung der auf Bundesebene organisierten fachlichen und koordinierenden Aufgaben hat unmittelbare Auswirkungen auf die praktische Arbeit vor Ort.

Georg Zimmermann  
Landesjugendpfarrer  
15.09.2023